



Frank Bsirske (61):
„Die Bankberater, mit denen ich zusammenkomme, haben ein hohes Berufsethos“

„Deutschland ist eine wahre Steueroase für Vermögende“

Warum sein Aufsichtsratsjob bei der Deutschen Bank für Verdi-Boss **Frank Bsirske** ein großes Los ist, was er in der Finanzbranche verändern will und wie er sein Geld anlegt

€uro: Herr Bsirske, Ihre ersten 100 Tage als Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank haben Sie hinter sich. Haben Sie dort schon mal richtig auf den Tisch gehauen?

Frank Bsirske: Ich bevorzuge argumentative Auseinandersetzungen: Die Finanzkrise hat gezeigt, dass Fehlentwicklungen im Bankensektor korrigiert werden müssen.

Wo bleibt Ihr Hang zum Klartext? Geht es auch etwas pointierter?

Wir haben erlebt, dass Banken ihren Kunden mit falschen Versprechen vergiftete, intransparente Produkte angedreht haben, die mitunter die Banker selbst nicht verstanden. Vorgesetzte haben Kundenberater massiv unter Druck gesetzt, bestimmte Produkte entgegen den Kundeninteressen zu verkaufen. Damit das auch wirklich passierte, wurden Berater zeitweise täglich kontrolliert. Ganz klar: Da wurden Kunden und Mitarbeiter unfair behandelt.

Was halten Sie von Investmentbankern?

Viele Investmentbanker haben auf den Filialbereich herabgeschaut, ihn als langweilig angesehen und sich selbst als besonders tough empfunden. Cleverness war vielen wichtiger als Integrität und wurde mit überdimensionierten Bezahlungen honoriert.

Hat die Politik einen Anteil daran?

Die Politik ermöglichte die Maßlosigkeit in der Finanzwelt durch die Deregulierung der Kapitalmärkte vor dem Ausbruch der Finanzkrise vor fünf Jahren.

Als Parteimitglied der Grünen wissen Sie bestimmt noch, dass die Deregulierung auch von der rot-grünen Bundesregierung

unter Gerhard Schröder und Joschka Fischer umgesetzt wurde.

Auch in diesen Parteien waren wichtige Akteure dem Zeitgeist verfallen – mit entsprechenden Resultaten.

Warum formulieren Sie Ihre Kritik ständig in der Vergangenheitsform?

Sagen wir so: Einiges geht wieder in die richtige Richtung. Auch in der Deutschen Bank wird sehr ernsthaft daran gearbeitet, Konsequenzen aus Fehlentscheidungen zu ziehen und Vertrauen zurückzugewinnen.

Schauen wir also nach vorn: Wofür wollen Sie stehen als Aufsichtsrat in der umstrittenen Finanzwirtschaft?

Ich werde mich für eine Re-Regulierung der Finanzmärkte einsetzen und den Kulturwandel zu mehr Verantwortung begleiten, der auch bei der Deutschen Bank eingeleitet ist. Profitgier um jeden Preis hat die Unternehmenskultur vieler Banken dominiert. Wie stark, zeigte im Juli 2012 eine Umfrage unter 500 Senior-Bankmanagern in den USA und Großbritannien. 24 Prozent der Befragten hielten unethische und illegale Praktiken für nötig, um im Bankgeschäft erfolgreich zu sein. Allein das spricht Bände.

Sie halten den Kulturwandel tatsächlich für möglich? Verantwortungsbewusstsein haben Bankmanager doch immer betont.

Tatsächlich ähneln sich die Wertekanons vieler Unternehmen. Kundenfokus und Integrität sind keine neuen Werte. Entscheidend ist, ob und wie diese Werte im Alltag das Verhalten und die Entscheidungen der Führungskräfte bestimmen.



„Die Fusion der Deutschen Bank mit der Postbank hat Verdi neue Wege eröffnet.“ Gewerkschaftsführer Frank Bsirske im Gespräch mit €uro-Autor Mario Müller-Dofel in Bsirskes Büro in der Berliner Verdi-Zentrale

Was haben Sie bei der Deutschen Bank ansonsten noch vor?

Zum Beispiel faire Tarifverträge etablieren! In den Kreditfabriken der Bank hat Verdi bereits die vom Bankangestelltenverband zugunsten des Arbeitgebers abgeschlossenen Gefälligkeitstarife abgelöst – mit Arbeitszeitverkürzungen um drei Stunden in der Woche, Urlaubsverlängerungen und perspektivisch mit Vergütungsverbesserungen für tariflich bezahlte Mitarbeiter.

Dass Verdi seit Mai sechs statt vier Sitze im Aufsichtsrat der Bank hat, hängt mit der Übernahme der Postbank zusammen. Die war für Verdi ein ganz großes Los, oder?

(grinst) Die Fusion hat uns Wege eröffnet, die sonst erheblich schwieriger zu erschließen gewesen wären.

Sehen Sie die Dinge dort eher mit den Augen des Bankkunden, der Sie ja auch sind, oder mit denen des Arbeitnehmervertreters?

Ich bin ganz klar der Arbeitnehmervertreter, der ein Interesse daran hat, dass Arbeitsplät-

ze in der Deutschen Bank gesichert werden, indem das Institut dauerhaft im Kundeninteresse handelt. Da überschneiden sich die Blickwinkel allerdings.

Banker werden oft pauschal als gierig und überbezahlt angesehen. Auch von Ihnen?

84 Millionen Euro Jahresgehalt für einen Investmentbanker entspricht einer Kultur der Maßlosigkeit. Ich spreche nicht für die Bezieher heillos überzogener Millionengehälter, sondern für die Masse der tariflich bezahlten Kollegen. Erfahrene Kundenberater bekommen 3500 bis 3900 Euro brutto pro Monat. Das ist für gute Arbeit gewiss nicht zu viel, da gibt es eher noch Luft nach oben.

Obwohl die Beratungsqualität häufig mangelhaft bis unseriös sein soll?

Bankberater, mit denen ich zusammenkomme, haben ein hohes Berufsethos und wollen ihren Anspruch an eine kompetente und nachhaltige Beratung nicht zugunsten kurzfristiger Profitinteressen aufgeben.

Hat Ihnen das Ihr Bankberater erzählt?

Wie seine Kolleginnen und Kollegen will auch er das Vertrauen seiner Kunden rechtfertigen und erhalten.

Wie legen Sie Ihr Geld an?

In Lebensversicherungen.

Wie viel Geld verdienen Sie als Verdi-Chef?

Gut 13 000 Euro brutto im Monat.

Trotzdem haben Sie noch nie selbst Fondsanteile oder Aktien gekauft?

Nein. Ich habe mal eine Aktie der Üstra, der Hannoverschen Verkehrsbetriebe AG, geschenkt bekommen. Das war's.

Und wie viel Geld bekommen Sie für Aufsichtsratsmandate?

Die Vergütungen dafür führen wir bei Verdi zu rund 90 Prozent an die Hans-Böckler-Stiftung und einen gemeinnützigen Bildungsträger unserer Gewerkschaft ab, ab dem dritten Mandat komplett.

Gibt es ein börsennotiertes Unternehmen in Deutschland, das Sie vorbildlich finden?

Volkswagen zum Beispiel könnte Modell stehen für eine gute Unternehmenskultur.

Warum?

Das beginnt bei den Mehrheitserfordernissen für bestimmte Entscheidungen im Aufsichtsrat, die arbeitnehmerfreundlicher sind als anderswo, und endet bei einem konfliktpartnerschaftlichen Miteinander von betrieblicher Interessenvertretung, Gewerkschaft und Topmanagement. Und schau einer an: Der Konzern ist weltweit erfolgreich und wirtschaftet wertsteigernd.



Frank Bsirske wurde am 10. Februar 1952 in Helmstedt (Niedersachsen) als Sohn eines VW-Arbeiters und einer Krankenschwester geboren. Von 1971 bis 1978 studierte er Politik in Berlin als Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Er wurde frühes Parteimitglied der Grünen und engagierte sich hauptberuflich bei der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), die 2001 mit vier anderen Gewerkschaften in der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi) aufging und deren Chef er wurde. Verdi ist mit 2,1 Millionen Mitgliedern die zweitgrößte Gewerkschaft in Deutschland nach der IG Metall. Bsirske ist verheiratet und Fan von Jazz, gutem Essen und Literatur.



Und dennoch haben Sie nie in VW-Aktien investiert?

Wie ich schon sagte: nein.

Verstanden. Sie geißeln schließlich „die Aufwertung und steuerliche Begünstigung von Finanzspekulationen und von Gewinnen aus Vermögen“. Woran machen Sie „Aufwertung“ und „Begünstigung“ fest?

Gegenfrage: Warum gibt es in Deutschland auf fast alles eine Umsatzsteuer, aber nicht auf Börsengeschäfte? Das ist eine der nicht zu rechtfertigenden Begünstigungen! Eine Börsenumsatzsteuer gibt es sogar in Großbritannien. Die bringt dem Fiskus pro Jahr rund sieben Milliarden Pfund. Bei uns dagegen: Fehlanzeige. Und was die Vermögensbesteuerung angeht, halte ich es mit Ökonomieprofessor Clemens Fuest, Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung. Der sagte schon 2010, als er noch dem wissenschaftlichen Beirat des Bundesfinanzministeriums vorstand, die BRD sei für große Vermögen und große Erbschaften eine Steueroase – zum Nachteil des Bildungssystems und der öffentlichen Infrastruktur.

Draußen an der Verdi-Zentrale ruft ein riesiges Plakat zu mehr Solidarität auf. Sie aber klingen, als gäbe es gar keine mehr.

Doch, es gibt sie noch. Das Bedürfnis nach Solidarität und sozialer Gerechtigkeit ist nach Jahren, in denen Egoismus hoch im Kurs stand, wieder deutlich gestiegen.

Woran, glauben Sie, liegt das?

Jahrelang hat das Hohelied auf Deregulierung, Privatisierung und bedingungslosen Profit den Zeitgeist bestimmt. Neoliberale Meinungsführer versprachen Freiheit und Wohlstand, wenn sich die Gesellschaft von angeblicher staatlicher Bevormundung be-

freien würde – wobei sie vor allem „sozialstaatliche Bevormundung“ meinten. Der Krise folgte die Sozialisierung der Verluste. Das hat viele nachdenklich gemacht und sie das Gottvertrauen in die Selbstregulation angeblich effizienter Märkte, in Deregulierung und Privatisierung verlieren lassen.

Welche sind Ihre wichtigsten wirtschaftspolitischen Forderungen neben einem „re-regulierten“ Finanzmarkt?

Wir brauchen eine Investitionsoffensive für den sozialökologischen Umbau der Wirtschaft in viel größerem Ausmaß als er bisher diskutiert wird – finanziert durch eine europaweite Vermögensabgabe. Wir müssen die Energiewende zum Erfolg bringen, dafür das Erneuerbare-Energien-Gesetz renovieren, Reservekapazitäten im Kraftwerksbereich subventionieren, in die Stromverteilnetze investieren und Refinanzierungswege finden.

Spekulieren wir zum Abschluss doch noch ein bisschen, aber ganz harmlos: Wären Sie für eine rot-rot-grüne Regierungskoalition in Deutschland, sollte eine Machtübernahme nur mit der Linkspartei möglich sein?

Unter den gegebenen Bedingungen halte ich diese Konstellation für chancenlos.

Na kommen Sie, noch einmal Klartext: Lieber Rot-Rot-Grün als kein Rot-Grün?

Wie sich die Akteure gegenwärtig aufstellen, ist das eine rein akademische Debatte.

Jetzt klingen Sie wie ein typischer Politiker. Warum sind Sie eigentlich noch keiner? Als Parteipolitiker könnten Sie die großen Entscheidungen in Europa mittreffen.

Verdi beeinflusst die „große“ Politik – eben mit dem Fokus auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und mit den Möglichkeiten, die sich mir dabei bieten, bin ich zufrieden. 🍷



Volkswagen könnte Modell stehen für eine gute Unternehmenskultur. Und schau einer an: Der Konzern wirtschaftet wertsteigernd.“